

# Transitland Österreich?

## Die Deutschland-Politik Wiens in den Jahren vor der „Wende“

Österreich begann im den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, zunehmend eine eigenständige Politik gegenüber der DDR zu entwickeln. Offiziell hatte Österreich die DDR anerkannt, ohne jedoch das Fernziel aufzugeben, die deutsche Einheit am europäischen Horizont zu streichen. Insofern scheinen Parallelen zwischen der österreichischen und der Bonner Deutschland-Politik vorzuliegen. Österreich griff mit der Öffnung der Grenze von Seiten Ungarns am 11. September 1989 – kurz nach Mitternacht – unmittelbar in die Geschichte ein. Damit hatte die Grenze zum sogenannten Ostblock zum ersten Mal seit dem 13. August 1961 wieder einen Durchgang. Die rund 7000 ausreisewilligen DDR-Bürger, die in Ungarn warteten, durften das Land verlassen. Innerhalb von drei Tagen gelangten insgesamt 15.000 DDR-Bürger über die ungarisch-österreichische Grenze in die Bundesrepublik. Wien und Bonn – heute Berlin – haben insofern eine Tradition im Umgang mit Bürgern aus Drittstaaten. 2015 waren es wieder Flüchtlingsbilder aus Ungarn, die zum spektakulären Transfer über Österreich führten.

Das Außenministerium in Wien übermittelte zur Grenzöffnung 1989 folgende Sprachregelung an alle weiteren Dienststellen in Österreich: „Wenngleich die DDR sowohl die BRD als auch Ungarn wegen dieser Aktion schärfstens angegriffen hat, waren von dieser Seite gegen Österreich während der ganzen Aktion keinerlei Vorwürfe zu registrieren. Aus Gesprächen mit Angehörigen der DDR-Botschaft in Wien war im Gegenteil festzustellen, dass seitens der DDR das Engagement des Österreichischen Roten Kreuzes und der österreichischen Behörden im Zusammenhang mit der Transition der DDR-Ausreisenden als eine der humanitären Tradition unseres Landes entsprechende Haltung beurteilt wird.“ Das liest sich wie ein gutes Stimmungs-

bild, eine Lage-Einschätzung, eine Bewertung der Aktion und zugleich ein Prädikat der eigenen Leistungen. So etwas findet man in internen Vermerken einer Regierung. Die österreichischen Historiker Michael Gehler und Maximilian Graf haben insgesamt 180 Dokumente jetzt in einer umfangreichen Aktenedition auf höchstem Niveau vorgelegt. Es ist natürlich eine Auswahl-Edition zum Thema Österreich und die deutsche Frage im Zeitraum von 1987 bis 1990. Dazu kommen sämtliche relevanten Bestände der im Archiv des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres lagenden Botschaftsakten, außerdem die im Zwischenarchiv des Österreichischen Staatsarchivs befindliche Überlieferung der Politischen Sektion des österreichischen Außenministeriums sowie die Akten im Depositum des ehemaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky ausgewertet werden.

Eine rund hundertseitige zeitschriftliche Einführung mit mehr als 400 Anmerkungen stimmt den Leser differenziert in die Zeitläufte ein. Vergleichbare Aktenauswertungen aus der Perspektive der Bundesrepublik Deutschland liegen zum einen über die Sonderedition Deutsche Einheit aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 vor, die ähnlich aufgebaut dherkommt. Zum anderen gibt es die vierbändige aktengestützte authentische Rekonstruktion der politischen Entscheidungen „Geschichte der deutschen Einheit“ (DVA), die eine Gesamtneordnung aus politischer, ökonomischer und kultureller Perspektive vornimmt. Für Zeitgeschichtler und Politikwissenschaftler wäre es jetzt gut möglich, einen Vergleich zu starten. Wie ließen die Abstimmungsprozesse bilateral zwischen Bonn und Wien bzw. zwischen Ost-Berlin–Wien–Bonn? Das diplomatische Alltagsandere käme mit Sicherheit zum Vorschein.

Beispielsweise fällt bei der Aktenlektüre des Buches auf, dass der Honecker-Bericht in Bonn angeblich aus einer Verabredung zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Schäuble mit Regierungsvertretern des Ministerrats der DDR vereinbart wurde. Tatsächlich liegen alle vorzubereitenden wichtigen Absprachen über den Sonderkanal Schäuble mit Schalck-Golodkowski, dem innerdeutschen Sondervermittler. Hohen Erkenntniswert haben auch die Mechanismen der Abstimmungen zwischen dem SPÖ-Bundeskanzler Vranitzky mit dem CDU-Bundeskanzler Kohl. Da atmen die Dokumente einen Hauch von fremdelnder Distanz. Ganz anders bei den vom ÖVP-Außenminister Alois Mock zu verantwortenden Ressortabstimmungen mit der Bonner Politik von Kohl und Genscher – beispielsweise im Zwei-plus-vier-Verhandlungsformat zur internationalen Einbettung der deutschen Einheit.

Sehr verdienstvoll ist das von Sarah Knoll erstellte Personenregister, ohne das so eine Aktenedition wertlos bleibt. Dabei sind die jeweiligen Funktionen der Personen zum Zeitpunkt der Nennung in den Dokumenten präzise herausgearbeitet, was die Lektüre der Akten wesentlich vereinfacht.

Als sozialwissenschaftliche Methode ist die historische Quellenarbeit nicht gerade populär. Datengewinnung für wissenschaftliche Zwecke erfolgt heute häufiger über quantifizierbare Messpunkte als über hermeneutische Verfahren, die ganz ohne Verrechnungen wichtigen Erkenntnisgewinn mit Wahrungsanspruch ermöglichen. Die großen internationalen Datensauber freuen sich heimlich darüber, dass sie auch methodologisch Szenen-Vorreiter sind. Kein Land wird schriftlich nur über Akten regiert. Aber Akten dokumentieren, wenn sie korrespondierend, vergleichend, ressortübergreifend präsentiert werden, einen regierungsinternen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Der Informationsfluss im

Umfeld der Entscheidung ist wichtig, um die jeweilige politische Lageeinschätzung vornehmen zu können. Ohne rekonstruierte Lage kann auch keine Bewertung des Entscheidungsprozesses erfolgen. Wenn zudem Zeitzeugen befragt werden können und dichte Presseausschreibungen folgen, entsteht eine Präzision, die dem Original der Entscheidungskonstellation ziemlich nahekommt. Quellenkritisch heißt diese Methode auch deshalb, weil jede weiterführende oder auch abweichende Information in den Akten über zielgenaue Anmerkungen – auch bei Gehler/Graf – für den Leser aufbereitet ist.

So lebt die gute Edition gerade auch im Fundus der detektivisch zusammengetragenen Anmerkungen. Jeder Vermerk ist erfolgsorientiert vom jeweiligen Verfasser angelegt. Auch das gehört zur Wahllheit der Interpretation. Ebenso können die Akten zwischen den Ressorts der österreichischen Ministerien und im Austausch mit dem Kanzleramt auch Phänomene aus dem Bereich der Organisationssoziologie aufdecken. Denn jedes Referat, durch das Informationen liefern, veränderte, ergänzte oder interpretierte diese Information wieder so, dass am Ende der Spielraum über die Ebenen der Hierarchie für die Entscheidung immer geringer wurde. Dieser sogenannte „Stille Post“-Effekt in jeder Bürokratie kann nur mit unsichtiger politischer Führung ausgehebelt werden. Wer die Dokumente mit sensiblem Sprachgefühl durcharbeitet, kann insofern auch über Führungsvorwürfe neue Erlebnisse sammeln.

KARL-RUDOLF KORTE  
  
Michael Gehler/  
Maximilian Graf (Hrsg.):  
Österreich und die deut-  
sche Frage 1987-1990. Vom  
Honecker-Besuch in Bonn  
bis zur Einheit.  
Vandenhoek & Ruprecht  
Verlag, Göttingen 2018.  
789 S., 80,- €.